

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Anzeigenpreis für die 6spaltige Normzeile 100 Mk. mal Wochen-Schließjahr (Woche v. 7.—13. 10. 100 000)

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vösig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 117.

Sonnabend / Sonntag 6. / 7. Oktober 1923

## Stresemann — ein deutscher Solon?

„So viel Teil an der Macht als genug ist, gab ich dem Volke, nahm an Berechtigung ihm nichts, noch gewährt ich zu viel. Für die Gewaltigen auch und die reicher Begüterten sorg' ich, daß man ihr Ansehen nicht schädige wider Gebühr. Also stand ich mit mächtigem Schild und schützte sie beide. Doch vor beiden zugleich schütze ich das heilige Recht.“

Eine timokratische Verfassung, das ist eine solche, die die politischen Rechte und Pflichten der Bürger nach Maßgabe ihres Vermögens festlegt, wie sie der bedeutendste der Weisen, Solon, einst den Athenern gab, scheint Dr. Stresemann vorzubereiten. Daraus deutet sein Stuttgarter Programm an. Dabin zielt sein Bestreben, neben die Wehrkraft der Wehrpflicht der Arbeit zu setzen durch Vermehrung der täglichen Arbeitsstunden für die, denen der Achtstundentag nicht zugebracht sein sollte. Das zeigt sich in seinem Bestreben, die neuen Reichsminister zu ernennen ohne Befragen der Parteien. Das drückt er aus durch die so wünschenswerten Zusammenlegungen der ministeriellen Portefeuilles. Wird es ihm gelingen, die Regierung zu schaffen, die in der Lage ist, dem alten Münchhausen gleich, Sand anzulegen an die eigenen Köpfe, um dann Reich und Volk aus dem Sumpfe wieder herauszuführen, in den beide die Regierungen vorher getrieben? Dann soll Stresemann, seinem Solon folgend, auch auf zehn Jahre außer Landes gehen, um dadurch auch sich selbst zu zwingen, an diese Verfassung nicht mehr zu rühren.

Ueber den Parteien will er stehen als ein starker Mann... — Ob das Vins- und Rechtsgebrüll er dauernd wohl ertragen kann? —

Die Regierung der „Köpfe“ hatte uns sein Vorgänger auf dem Kongressfest, Cuno, verheißt. Kästlerische Satiriker hatten auf „Köpfe“ den billigen Keim „Tröpfe“ gemünzt. Köpfe es Dr. Stresemann gelingen, wahr zu machen, was sich durch sein Handeln der letzten Tage leise herausnehmen läßt. Dann wird es Leute geben, die ihm innerlich mancherlei abhalten...

### Die neuen Herren.

Stresemanns Bemühungen, auftragsgemäß ein neues Kabinett zu bilden, schienen anfangs auf Schwierigkeiten zu stoßen. In den gestrigen späten Abendstunden wurde bekannt, daß die Kabinettsbildung so ziemlich abgeschlossen sei. Nach den in parlamentarischen Kreisen umlaufenden Angaben sind jetzt für das neue Kabinett neben dem Reichskanzler Dr. Stresemann folgende Minister vorgegeben:

- Dr. Gehler, Wehrministerium und Inneres,
- Dr. Brauns, Arbeit,
- Dr. Luther, Wirtschaft und Finanzen,
- Fuchs, besetzte Gebiete,
- v. Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg,
- für das Ernährungsministerium.

Das Außenministerium wird wie bisher so auch in Zukunft Dr. Stresemann führen. Die endgültige Liste der neuen Regierung ist stündlich zu erwarten, so daß es Stresemann noch heute möglich sein wird, dem Reichstage die neuen Herren vorzustellen.

Berlin, 4. Okt. abends. Das neue Ministerium Stresemann wird lediglich ein Personen- und kein Parteikabinett sein und hat deshalb auch keine Verhandlungen mit den Reichstagsfraktionen zur Voraussetzung. Die Zahl der Ministerien wird durch Zusammenlegung erheblich reduziert, was im Interesse notwendiger Sparsamkeit zu begrüßen ist. In den Verhandlungen des Reichstages ist davon die Rede, daß der bisherige Reichswehrminister Gehler neben diesem Amte zugleich das des Ministers des Innern erhalten werde. Voll-

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Reichskanzler Dr. Stresemann wurde nach dem Rücktritt seines Kabinetts vom Reichspräsidenten mit der Neubildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

Der bayerische Ministerpräsident hat an den Reichskanzler Forderung gerichtet, von weiteren Steuererhebungen nach den letzten Auswertungsbestimmungen abzusehen.

Bei Unruhen in Hindenburg gab es mehrere Tote und Verwundete.

Nach einer amtlichen spanischen Verordnung werden die Zölle in allen Provinzen, die in den letzten fünf Jahren erhöht wurden, als aufgehoben erklärt.

ziehender Minister des Innern ist er infolge der ihm durch die Ausnahmeverordnung übertragenen Gewaltens sowie schon.

### Die Absichten des zurückgetretenen Kabinetts

lassen sich heute dahingehend zusammenfassen: In erster Linie wollte es den Besitz stärker als bisher in der Besteuerung erfassen. Sodann sollte die Preisbildung in andere Bahnen gelenkt und die Monopolwirtschaft und die Preisindentionen der Syndikate kontrolliert werden. Schließlich sollte die Produktion, namentlich der Bergbau, durch Erhöhung der Arbeitszeit gesteigert und auch auf anderen Gebieten eine Erhöhung der Arbeitszeit eingeführt werden. Sachlich war bezüglich dieser Politik innerhalb des Kabinetts weitgehende Uebereinstimmung vorhanden, die sich jedoch bei den Fraktionen nicht erreichen ließ. Die Verhandlungen drehten sich um die Frage, ob der Ermächtigungsantrag der Reichsregierung auch für die soziale Gesetzgebung gelten sollte. Diese Frage ist von der sozialdemokratischen Fraktion mit 61 gegen 53 Stimmen, also mit einer geringen Zufallsmehrheit abgelehnt worden. Um eine Verlängerung der Krisis zu vermeiden, hat die Regierung beschlossen, ihre Demission anzubieten.

### „Vossische“ und „Vorwärts“

sind die einzigen Berliner Zeitungen, die sich in ihren gestrigen Nummern über den Regierungs-Rücktritt äußern. Die andern hielten noch den Atem an.

Die „Vossische“ sagt: „Was sich da äußerlich als parlamentarisches Intrigenspiel ausnimmt, ist in Wirklichkeit ein ernster Kampf sehr wichtiger wirtschaftlicher Interessen. Es handelt sich in letzter Linie um nichts anderes als um die Lösung der Frage, wer die Kosten der letzten Monate bezahlen soll, ob die Gefundung der deutschen Wirtschaft allein durch Mehrleistungen der Arbeiter oder durch gleichzeitige Steuerleistungen der bestehenden Klassen beglichen werden soll, die zum Teil eine Nachholung dessen darstellen, was bisher unterblieben ist. Die Kräfte in der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und in der Demokratischen Partei, die sich bemüht haben, einen Ausgleich in diesen Interessengegenständen herbeizuführen, sind gescheitert. Den Sieg haben, dank auch besonders der Hilfe der französischen Machtpolitik, die rechtsextremen Kreise in Deutschland davongetragen.“

Der „Vorwärts“ spricht von einem Siege der Schwerindustrie: „Die sozialdemokratische Fraktion hat während der zweitägigen Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre ganze moralische Autorität einsetzen werde, um überall dort zur Mehrleistung, zur Mehrerzeugung zu kommen, wo sie im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich ist.“

### Spaltung in der bayerischen deutschen Volkspartei.

„Der Doge kann den Lausnachrecht nicht hemmen.“ So würde Shakespeare den Antonio in seinem „Kaufmann von Venedig“ heute sagen lassen. — Aus Nürnberg meldet das B. V. B.: Die Nationalliberalen von Franken billigten in einer in Nürnberg abgehaltenen Sitzung den Entschluß der Vorstandschaft zur Trennung von der Deutschen Volkspartei. Die Stellung der neuen nationalliberalen Landespartei von Bayern zur Regierung Kahr wird in einer Resolution dargelegt, die erklärt, die nationalliberale Landespartei stelle sich vertrauensvoll hinter die bayerische Regierung und Dr. v. Kahr und verspreche, sie mit voller Kraft zu unterstützen.

### Über den Parteien.

Aus politisch nach rechts neigenden Kreisen wird uns geschrieben:

Dr. Stresemann hat Mittwoch nacht dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts überreicht. Sie wurde angenommen, aber Dr. Stresemann selbst vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Selten ist wohl die Geschichte eines Kabinettssturzes für den Außenstehenden so undurchsichtig, selten sind wohl die Ereignisse, die Wendungen so verworren überraschend und widersprechend gewesen wie bei den Geschehnissen der letzten

Tage, die zu diesem Sturze führten. Die Entschließungen der einzelnen Parteien widersprachen sich. Heute schien die Aussicht für die Erhaltung des Kabinetts nach der guten, morgen wieder nach der bösen Seite herüberzugehen. Die Dinge trieben deutlich einer Diktatur zu, die in dem Ermächtigungsgesetz zum Ausdruck kommen sollte. Durch dieses Ermächtigungsgesetz sollte die Regierung Stresemann sehr weitgehende Vollmachten erhalten, um Reformen auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete durchzuführen. Die bürgerlichen Regierungsparteien waren bereit, diese Vollmachten zu geben, um es dem Kabinett zu ermöglichen, diese Reformen auf dem Verordnungswege schnellstens durchzuführen. Aber die Reformen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete setzten grundsätzliche Änderungen auch auf sozialpolitischem Gebiet voraus. Die einen waren ohne die anderen nicht denkbar, und wenn das Kabinett eine Produktionssteigerung herbeiführen wollte, so wurde damit unter anderem auch die Frage der Arbeitszeit brennend. Die Sozialdemokratie hingegen war wohl damit einverstanden, dem Kabinett auf finanziellem Gebiete freie Hand zu geben, weil man wußte, daß Stresemann eine starke steuerliche Erfassung des Besitzes ins Auge gefaßt hatte, aber sie erklärte sich nicht damit einverstanden, daß diese Diktaturgewalt sich auch auf das wirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet erstrecken sollte. Namentlich die freien Gewerkschaften wehrten sich aufs heftigste gegen die Durchbrechung des Achtstundentages und einer Abänderung der Demobilisierungsgesetzgebung. Die in dieser Frage stark gespaltene Sozialdemokratie saßte in ihrer Mehrheit den Beschluß, den Vermittlungsvorschlag über diese Dinge abzulehnen und Stresemann sagte den Entschluß, durch seine Demission diese schließende Krisis zu beendigen, die eine unerträgliche Belastung unseres ganzen politischen Lebens des Augenblicks darstellte.

Parlamentarisch-parteilich ist damit die Situation völlig festgefahren. Die Sozialdemokratie hat durch diesen Beschluß sich gegen das Ermächtigungsgesetz ausgesprochen, wie es nicht nur von dem bisherigen Kabinett Stresemann, sondern von jedem nach ihm folgenden verlangt werden muß. Andererseits haben Zentrum und Demokraten erklärt, daß sie mit den Deutschnationalen nicht zusammenarbeiten wollen. Und schließlich ist innerhalb der Deutschen Volkspartei das bisherige Einverständnis, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, zum großen Teil einer starken Abneigung, ja einer offenen Gegnerschaft gewichen, so daß der Gedanke einer Umbildung des Kabinetts auf Grund einer anderen parlamentarischen Konstellation eine vollständige Unmöglichkeit geworden ist. Stresemann, der mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden ist, hat deshalb den Gedanken wieder aufgenommen, von dem seinerzeit vor fast einem Jahre Cuno ausgegangen ist: der Gedanke des Sachministeriums. Nur belastet ihn sehr, vielleicht allzu sehr, die Geschichte des Kanzlersturzes vom 11. August nach der Richtung hin, daß damals gerade das überparteiliche Sachministerium durch ein Kabinett der Großen Koalition, also durch ein parteipolitisch festgelegtes Ministerium, ersetzt wurde. Es fragt sich also sehr, ob man in der politischen Welt das Zutrauen haben muß, daß es gerade den bisherigen Führern dieses Kabinetts gelingen wird und gelingen kann, eine in ihrem Wesen ganz anders geartete Regierung zu gründen. Wobei unterstrichen werden muß, daß der Gedanke als solcher angesichts der parteipolitisch-parlamentarischen Lage das letzte Mittel ist.

Das neue Kabinett, gleichgültig, ob an seiner Spitze Dr. Stresemann oder ein anderer steht, muß über den Parteien stehen, muß an den Reichstag herantreten mit einem Programm, das von den Parteien nur angenommen oder abgelehnt werden kann. Und dieses Programm kann nur aufgestellt werden von Männern, die jenseits aller parteipolitischen Bindungen, wie wir sie oben geschildert haben, stehen oder sich stellen. Und schließlich drittens kann sich ein solches Kabinett nicht wieder in den aufreibenden Kampf mit den parteipolitisch-parlamentarischen Hindernissen und Eifersüchtelchen hineinbegeben, sondern muß die Arme freihaben von diesen Dingen, um sich ganz der positiven Arbeit widmen zu können. Der parteipolitische Parlamentarismus hat sich damit totgelaufen, und wir können es uns in Deutschland nicht leisten, zu sterben, damit das System am Leben bleibt. Nicht mindere Voraussetzung hat ein Programm, ist aber auch die Forderung, zur Durchführung dieses Programms die notwendigen Maßnahmen mittel zur Verfügung zu haben, die Kraft, die Durchführung des Programms, wenn es sein muß, zu erzwingen. Das kann aber nur geschehen, wenn in Deutschland, und zwar in allen seinen Teilen, die Ordnung wieder hergestellt und aufrecht erhalten wird.

Ein aber wollen wir hoffen, daß man bei der Durchführung der angedeuteten Mission, daß man bei der Überwindung der augenblicklichen politischen Schwierigkeiten nicht mehr lange über Einzelheiten diskutiert und berät, sondern daß man das Einzige tut, was uns retten kann, nämlich handelt.